

Das „Phänomen“
Barack Obama

Von der Faszination zur Realität?

Werner Link

Hierzulande wird das „Phänomen“ Obama in der veröffentlichten Meinung meistens unter der Frage diskutiert, ob der Weg von der Faszination zur Realität führen wird. Eigentlich ist es gar nicht eine Frage, sondern eine Behauptung. Sie lautet: „Faszination“ ist das, was das tumbe Volk mehrheitlich empfindet und was linke Ideologen beflügelt. Dagegen steht die „Realität“ (wie sie von den publizistischen Eliten definiert wird). Sie wird über kurz oder lang der Faszination den Garaus machen. Das ist das Leitmotiv, mit dem die Elitepresse in Deutschland über Obama berichtet hat und noch berichtet – gipfelnd in den Kommentaren zur Verleihung des Friedensnobelpreises.

Wie aber, wenn die Realität anders aussieht; wenn sie anders wahrgenommen wird als von Obamas Kritikern; wenn die politische Realität sich verändert oder sich bereits verändert hat (so wie dies das Nobel-Komitee in seiner Begründung erklärt hat)?

Politiker wollen ihre interne und internationale Umwelt nach ihren Vorstellungen gestalten. Auch auf Barack Obama bezogen, ist demnach zu fragen: Wie sehen die internen und internationalen Bedingungen aus, und wie werden sie von Obama und seiner Administration wahrgenommen? Wie will er sie gestalten? Wie sehen die bisherigen Ansätze seiner praktischen Politik aus? Und wie Erfolg versprechend ist seine Politik in Anbetracht der internen und internationalen Beschränkungen („constraints“)?

Die „operationale Umwelt“ ist auf der strukturellen Ebene dadurch charakterisiert, dass die USA nicht mehr die dominante Macht im internationalen System sind. Für die Prozessebene ist charakteristisch, dass die unilaterale Politik Bushs, die die traditionell hegemoniale Politik neo-imperial gesteigert hat, gescheitert ist. Die machtpolitischen strukturellen Veränderungen sind durch die dramatische Finanz- und Wirtschaftskrise manifest geworden. In der Politik ist dieser Sachverhalt sehr wohl wahrgenommen worden. Schon im September 2008 konstatierte zum Beispiel der demokratische Kongressabgeordnete Barney Frank, Vorsitzender des Financial Services Committee: „... let's be realistic: We're no longer the dominant world power.“ In der wissenschaftlichen Literatur gibt es zwar weiterhin die „unipolar-dominance“-Schule. Vorherrschend ist jedoch inzwischen die Einsicht: „America is only one of several great powers“ (John Gray). Die Welt ist multipolar geworden. Die neo-imperiale Politik, die auf der Annahme der Unipolarität beruhte, ist nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch und mithin gesamtpolitisch gescheitert.

Die Antwort Obamas und seiner Administration

Der Argumentationskern im Wahlkampf und bei der Amtseinführung war: „The world has changed, and we must change with it.“ Obamas Wahlversprechen, die Nation „in eine neue Richtung zu lenken“, war und ist eindeutig, soweit es um

die Abkehr von der Politik Bushs geht. Nicht so eindeutig ist, wie die neue Richtung aussieht. Zwei Varianten sind zu erkennen: Rückkehr zur gemäßigten Hege-monialpolitik (à la Clinton) oder eine Politik in Richtung auf eine kollektive Führung im Konzert der Mächte (mit den USA als wichtiger Mitführungsmacht).

Die programmatischen Aussagen Obamas zeigen keineswegs einen „taubenhaften“ Politiker. Bemerkenswert ist seine Versicherung: „I will not hesitate to use force, unilaterally if necessary, to protect American people or our vital interests whenever we are attacked or imminently threatened.“ So stand es auch in Präsident Clintons Sicherheitsstrategie. In den ersten drei Monaten seiner Amtszeit hat Obama dementsprechend die Mannschaftsstärke der Armee und der Marine aufgestockt und im März weitere 21 000 Soldaten nach Afghanistan geschickt. Am 28. Oktober 2009 unterzeichnete Obama den National Defense Authorization Act – mit einem Militäretat in Höhe von 680 Milliarden US-Dollar, dem höchsten Betrag in der US-Geschichte, im realen Wert größer als zu Zeiten der Reagan-Aufrüstung im Kalten Krieg (*Washington Post*, 29. Oktober 2009). Clinton-Leute – an der Spitze Hillary Clinton – sind in außenpolitische Schlüsselpositionen gelangt und tendieren zu der ersten Variante der Richtungsbestimmung. Das außenpolitische Leitmotiv Obamas und seiner Administration ist, „to renew American leadership in the world“. Dabei soll die amerikanische Macht als „kluge Macht“ (Hillary Clinton) ausgeübt werden. Soft power – ja! Dialogangebote – ja, auch an gegnerische muslimische Staaten (wie die Kairoer Rede und die Video-Botschaft zum iranischen Neujahrsfest am 20. März 2009 zeigten), aber eben nicht naiv-machtlos. Im Gegenteil: eine „tough-minded diplomacy, backed by the whole range of American power – political, economic and

military“. „Ready to lead once more.“ „I believe America will continue to lead.“ so in der Dankesrede Obamas am 8. Oktober 2009.

Zur Begründung des amerikanischen Führungsanspruchs greift Obama – auch hier ganz in der hegemonialen Tradition – auf die liberale Variante des Exzeptionalismus und universellen Sendungsglaubens der USA zurück. In seiner Inaugurationsrede vom 20. Januar 2009 beschwor er die erhabenen Ideen der amerikanischen Gründungsväter und die „gottgegebenen Versprechen“ Gleichheit, Freiheit, Glücksstreben: „Diese Ideale erhellen noch immer die Welt.“ Die Entmythologisierung der neo-imperialen Politik geht einher mit der Wiederbelebung des uramerikanischen Mythos von der Stadt auf dem Berge, die die Welt erleuchtet, die Menschheit beglückt und die Völker zu Demokratie und Frieden führt. Das ist die ideologische Begründung des globalen Führungsanspruchs.

Indes, dieser Anspruch stößt in der internationalen Umwelt auf mehrere einschränkende Bedingungen – insbesondere auf das Fehlen der notwendigen Mittel und auf den Mangel an Akzeptanz. Im Unterschied zu den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Mittel für hegemoniale Führung heute über die pure militärische Macht hinaus nicht mehr verfügbar. Das System von Bretton Woods ist längst – nämlich 1971 – zusammengebrochen, und zurzeit vollzieht sich das Ende der amerikanischen Leitwährung. Die kollektiven Güter können von dem ehemaligen Hegemon der westlichen Welt nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Und was die Akzeptanz anbelangt, so war der Irak-Krieg der Wendepunkt. Als Präsident Bush senior Anfang der 1990er-Jahre meinte, nun – nach dem Zerfall der Sowjetunion und ihres Imperiums – würden die USA als einzige Führungsmacht der Welt anerkannt, war diese Akzeptanzbehauptung

bereits fraglich. Inzwischen ist sie nachweisbar falsch.

Kollektive Führung in einem neuen Konzert der Mächte

In den programmatischen Aussagen, aber – wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird – nicht nur dort, sondern auch in der praktischen Politik gibt es Ansätze, die in Richtung dieses Konzepts gedeutet werden können.

Die Kooperationsaussagen dürften bekannt sein. Lediglich aus Obamas Dankesrede vom 9. Oktober 2009 sei zitiert: "The common challenges of the 21st century [...] can't be met by any one leader or any one nation. And that's why my administration works to establish a new era of engagement in which all nations must take responsibility for the world we seek".

Bemerkenswert ist ferner, dass Clinton in ihrer programmatischen Rede vor dem Council on Foreign Relations am 15. Juli ausführte, es gebe die Chance, „amerikanische Führung auszuüben, um Probleme *im Konzert mit anderen* zu lösen“ (Hervorhebung von W. L.). Wie sieht dies in der politischen Praxis der Regierung Obama aus?

Integrative Konfliktregulierung

Wesentliche Bedingungen für kollektive Führung und für ein Konzert der Mächte sind erstens, dass zwischen den großen Mächten kein antagonistischer Konflikt (wie der Ost-West-Konflikt) besteht beziehungsweise entsteht, zweitens, dass gemeinsame Interessen an der integrativen Regulierung der machtpolitischen und ökonomischen Konkurrenz (im direkten Verhältnis zueinander und bei regionalen Konflikten) überwiegen, und drittens, dass institutionelle oder informelle Führungsgremien genutzt beziehungsweise ad hoc geschaffen werden.

Zu den Führungsgremien: Die Sitzung des UN-Sicherheitsrates auf der Ebene

der Regierungschefs und unter der Leitung Obamas am 24. September 2009 war eine sichtbare Aufwertung dieses Gremiums. Dort kann im Falle des Konsenses zwischen den Veto-Mächten und der Zustimmung von sieben nicht ständigen Mitgliedern gemeinsame Führung praktiziert und Akzeptanz der Führung erreicht werden – aber eben keine unilaterale Politik, keine alleinige Führung einer der Großmächte, keine US-Hegemonie! Obamas konstruktive Mitwirkung an den informellen Gruppen der acht und der zwanzig bei der Bewältigung der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die Unterstützung der Klimakonferenz sind weitere eindeutige Praxisbelege für eine international konzertierte Politik Obamas.

Zur Großmächte-Relation: Da die Konfliktvermeidung zwischen den Großmächten eine wichtige Bedingung für ein funktionierendes Konzert der Mächte ist, deuten Obamas erste konkrete Schritte in der Russland- und China-Politik ebenfalls in die hier skizzierte Richtung: Obama hat eine kooperative Politik mit Russland in zentralen Fragen der nuklearen Rüstung eingeleitet – mit der Einigung über ein neues START-Abkommen und mit dem Verzicht auf die Errichtung des Raketenabwehrschildes. Ferner hat er die Belebung des NATO-Russland-Rates unterstützt und Bushs Georgien-Politik korrigiert. Die russische Erlaubnis für die Erleichterung des Nachschubs nach Afghanistan wurde erreicht, ebenso wie in der Iran-Frage eine konstruktive Mitwirkung Russlands an dem Kompromissvorschlag der Sechser-Gruppe.

Beim zweitägigen Treffen Obamas mit Chinas Führung am 27./28. Juli ist ebenfalls ein Neustart vereinbart worden: „Engagement“ statt „containment“, was sogar schon Spekulationen über eine künftige G2 hervorgerufen hat. Dass die neue Regierung des japanischen Verbündeten eine enge Zusammenarbeit mit

China anstrebt, begünstigt – wie Obamas Asien-Reise Mitte November zeigt – die dezidiert kooperative China-Politik der USA, die durch die regionale Kooperation der Asian Pacific Economic Cooperation (APEC) abgestützt wird.

Zu den Regionalkonflikten: Fragt man diesbezüglich, ob in der praktischen Politik Obamas ein Neuanatz („change“) festzustellen ist, so ist der Befund zwiespältig. Auf die wichtigsten Konfliktfälle sei kurz eingegangen.

Bei der Behandlung des Iran-Konflikts ist neu, dass die USA erstmals an den diplomatischen Verhandlungen der Sechser-Gruppe mit dem Iran am 1. Oktober 2009 und an informellen bilateralen Gesprächen am Rande dieser Verhandlungen teilgenommen haben. Das war von den Europäern wiederholt gefordert worden, so auch von dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Ruprecht Polenz (CDU). Der Iran wird nicht mehr als Schurkenstaat kriminalisiert oder mit der konditionalen Forderung nach *regime change* offiziell konfrontiert! Obama hat ausdrücklich klargestellt, dass die USA für einen israelischen Angriff „kein grünes Licht“ geben. Würde der Kompromissplan, der am 21. Oktober nach dreitägigen Verhandlungen in Wien erarbeitet wurde, vom Iran angenommen (was noch ungewiss ist), wäre dies ein „key victory“, so die *New York Times* am 23. Oktober 2009, für Obamas Strategie der integrativen Konfliktregulierung und der konzertierten Politik. Anderenfalls würde wohl auch Obama zur Sanktionspolitik zurückkehren, die Bush in Gang gesetzt hat und die (wiesenerzeit im Irak-Konflikt) in eine militärische Intervention münden könnte.

Beim Nahost-Konflikt hat Obama keine grundsätzliche Innovation zu erkennen gegeben. Er verzichtet wie Bush darauf, die Politik Israels nach dem Gesetz von Schutz und Gehorsam maßgeblich zu beeinflussen (Robert Spaemann,

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Juli 2009) und zu einem Siedlungsstopp zu veranlassen. Einer der Gründe dafür dürfte in den „constraints“ durch die Israel-Lobby in den USA zu suchen sein.

Der Afghanistan-Konflikt unterscheidet sich grundsätzlich von den genannten und anderen Regionalkonflikten dadurch, dass die USA an diesem „war of necessity“ direkt militärisch beteiligt sind und die „Operation Enduring Freedom“ (Kampf gegen El Kaida) mit der „International Security Assistance Force“ (Kampf gegen die aufständischen Taliban) unter amerikanischem Oberbefehl zusammengeführt worden ist. Auch hier hat Obama die Politik Bushs fortgesetzt, unter anderem durch die Truppenverstärkung im März. „AfPak“ war ein kleines Signal für eine regionalistische Neukonzeption der Konfliktbehandlung. Aber erst jetzt erfolgt die systematische, gründliche Strategieüberprüfung. Obamas Anforderung einer „province-by-province“-Analyse deutet auf eine Konzeption regionaler Differenzierung in Afghanistan (*Washington Post*, 29. Oktober 2009). Eine weitere Truppenverstärkung wäre vermutlich mit der Konzentration auf große Städte und Ballungsräume verbunden. Entscheidend dürfte sein, ob die Nachbarstaaten Afghanistans in einen Verhandlungsprozess erfolgreich einbezogen werden können. Schon im Februar 2009 hatte der Realist Kissinger für eine multilaterale Strategie und eine „working group of Afghanistan’s neighbors, India and the permanent members of the UN Security Council“ plädiert. Er hatte konstatiert: “[...] the fundamental issue is not so much how the war will be conducted but how it will be ended“ (*Washington Post*, 26. Februar 2009). Inzwischen haben sich die Situation und die Diskussionen zugespitzt. Viel spricht dafür, dass eine No-win-Situation entstanden ist. Obama droht in Afghanistan zu scheitern wie Johnson in Vietnam.

Wenn die integrative Regulierung dieses Konflikts und anderer Regionalkonflikte (wie der Nordkorea-Konflikt, wo Obama neuerdings ebenfalls zu direkten Gesprächen bereit ist) nicht gelingt oder wenn die Konflikte gar eskalieren, dann wird, gesamtsystemisch betrachtet, alles darauf ankommen, dass die Großmächtebeziehungen davon nicht negativ beeinflusst werden, dass daraus kein neuer antagonistischer Großmächtekonflikt entsteht. Deshalb ist die Fortsetzung von Obamas kooperativer Politik mit Russland und China von allergrößter Bedeutung, auch als vorbeugende Politik.

Schließlich noch ein Hinweis auf die Vision Obamas von einer atomwaffenfreien Welt: Ob sie realisierbar ist, ist fraglich. Neo-Realisten argumentieren, dass sie noch nicht einmal wünschenswert wäre, weil sie die Abschreckungsfunktion beseitigen und konventionelle Kriege ermöglichen würde. Übrigens hat Obama selbst eingeräumt: „Wir geben uns keinen Illusionen hin, wie schwierig es sein wird, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen“, so seine Formulierung in der UN-Sicherheitsratssitzung vom 24. September. Derzeit sind sogar der Erhalt und die Wirksamkeit des atomaren Nichtverbreitungsvertrags ungewiss.

Obamas „Realliberalismus“

Es gibt also erhebliche Unsicherheiten und Beschränkungen für Erfolg versprechende Richtungsänderungen – in der internationalen operationalen Umwelt (wie angedeutet wurde) und in der internen operationalen Umwelt, was zu ergänzen wäre; hier wirkt vor allem der Widerstand der Republikaner gegen die innenpolitischen Reformen, insbesondere gegen die Gesundheitsreform, ähnlich wie einst die Opposition gegen den *New Deal*

Roosevelts. Generell ist zu bedenken, dass konzertierte Politik und integrative Konfliktregulierungen – im Unterschied zu einer hegemonial-imperialen Politik – ihrem Wesen nach nicht erzwungen werden können. Ihr Gelingen ist davon abhängig, dass die Mitführungsmächte und die Konfliktparteien „mitspielen“. Schon allein deshalb kann sich Obama des Erfolgs nicht sicher sein.

Insgesamt betrachtet, erweist sich Obama als ein charismatischer Vertreter des „Realliberalismus“. Der Begriff stammt von dem deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftler John Herz. Er definierte den realistischen Liberalismus als eine „Kombination von politischem Realismus und politischem Idealismus“ (das heißt, der Realliberalismus akzeptiert die vom Realismus hervorgehobenen Tatsachen und Erkenntnisse – wie das Macht- und Sicherheitsdilemma – als Ausgangsbasis und versucht aufgrund der Ideale des politischen Idealismus, diesen Kräften entgegenzuwirken). Dieser Begriff ist der Schlüssel zum Verständnis des Politikers Obama und seiner Politik.

Immerhin, die Richtungsänderung in der amerikanischen Außenpolitik ist, wie gezeigt wurde, eingeleitet – nicht nur durch „Predigten“, sondern durch Wort und Tat. Das hat die Realität bereits jetzt verändert. Die spannende Zukunftsfrage ist nicht, ob die Entwicklung von der Faszination zur „Realität“ verlaufen wird, sondern: Wird Obamas Politik eine neue Ära (eine „era of engagement“) in der multipolaren Welt prägen – ähnlich wie einst Nixon eine „era of negotiations“ in der bipolaren Welt 1969 angekündigt und dann verwirklicht hat?

Überarbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrages, der im „Deidesheimer Kreis“ am 31. Oktober 2009 in Berlin gehalten wurde.